L-1-133: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung

Antragsteller*innen Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 133 bis 136:

~~Zu viele Menschen sind in Berlin von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen. Unter ihnen befinden sich überdurchschnittlich viele diskriminierte und vulnerable Personengruppen, zum Beispiel LSBTIQ oder chronisch kranke Menschen. Wir fordern Beratungsangebote, die verstärkt diese Personengruppen unterstützen.~~
Ersetzung von Zeile 133-147:

Zu viele Menschen in Berlin haben jedoch gar keine Wohnung. Die Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist eine der drängendsten sozial- und wohnungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Unser ambitioniertes Ziel, dieses Problem bis 2030 zu lösen, werden wir nur durch gezielte und umfassende Maßnahmen erreichen.

In Anlehnung an den Nationalen Aktionsplan des Bundes entwickeln wir einen spezifischen Berliner Maßnahmenplan, der die bundesweiten Strategien berücksichtigt und eigene lokal angepasste Konzepte entwickelt. Wichtig ist hierbei auch die Implementierung messbarer Ziele sowie eine kontinuierliche Überwachung und Evaluierung des Fortschritts. Die städtischen Wohnungsunternehmen müssen zudem verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres Bestandes für diese Zwecke bereitzustellen.

Housing First stellt hierbei ein zentrales Instrument dar, um das Ziel 2030 zu erreichen und sollte deshalb weiter ausgebaut und konsequent verfolgt werden. Das Housing First-Programm hat sich international und auch in Berlin als wirksame Strategie erwiesen, da es nicht nur dauerhaften Wohnraum ohne Vorbedingungen bietet, sondern auch die notwendige Unterstützung, um langfristig stabile Lebensverhältnisse zu erreichen.

Das Geschützte Marksegment muß dringend reformiert und umfassend weiterentwickelt werden, um seiner ursprünglichen Intention wieder gerecht zu werden - nämlich Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt chancenlos sind, mit Wohnraum zu versorgen.

Bestehende Notunterkünfte sollten mittelfristig in reguläre dauerhafte Wohnungen umgewandelt werden. Dies ermöglicht es, Menschen direkt in eine stabile Wohnsituation zu bringen, anstatt sie in temporären Unterkünften unterzubringen.

Flankiert werden muss dies alles durch eine umfassende sozialpädagogische und psychologische Betreuung und Unterstützung auf Augenhöhe. Dabei sollte der Fokus mehr bei aufsuchender Sozialarbeit liegen anstatt stationärer Beratungsstellen. Auch eine intensive Stärkung präventiver Maßnahmen ist essenziell, um Wohnungsverlust gar nicht erst entstehen zu lassen.

Begründung

Ich möchte den kompletten Teil zu Wohnungs- und Obdachlosigkeit ersetzen, also alle drei Absätze: Z. 133-147. Leider habe ich es technisch bei Antragsgrün nicht hinbekommen, alle drei Absätze zu streichen.
Inhaltliche Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Louis Krüger (KV Berlin-Pankow), Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sonja Gerth (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Claudia Leistner (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)